



Aktuell

Schweiz
Suisse
Svizzera
Svizra

Nr. 6 | SEPTEMBER 2024

Brüssel diktiert,
Bundesbern
kapituliert!



Save-the-Date



siehe
Seite 16

öffentliche Veranstaltung

«Erfolgsrezept Schweiz:
Stark ohne EU-Unterwerfung»
Dienstag, 29. Oktober 2024
19.00 Uhr, Casino Bern.

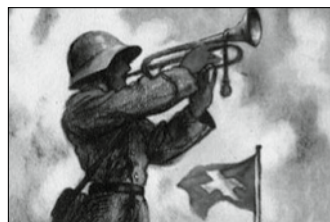
EU-Unterwerfung
NEIN



Wer setzt das Recht?
Seite 3



In Krisen zählt nur
unser eigenes Handeln.
Seite 8



Vor 85 Jahren: Schicksals-
jahr für die Schweiz.
Seite 14



Das Wort des Präsidenten

Liebe Mitglieder, Gönner und Sympathisanten

Gessler! Wir kennen diesen hochnäsigen, korrupten, eitlen, eigennützigen und brutalen Habsburger. Wir? Ob die junge Generation, die dank „Mainstream-Lehrplänen“ und teils „Schweiz-fremdelnden“ Intellektuellen langsam, aber sicher enthelvetisiert wird, mit Gessler noch etwas anfangen kann?

Chroniken belegen, dass das Habsburger Geschlecht Gessler eine erdrückende, von Willkür geprägte Herrschaft in den Waldstätten ausübte. Die Menschen mussten gehorchen, bezahlen und schweigen. Wer es nicht tat, wurde bestraft.

Gessler liess in Altdorf einen Gessler-Hut auf eine Stange setzen. Die Menschen wurden gezwungen, ihren Gehorsam gegenüber dem Vogt durch das Grüssen dieses Hutes zu beweisen. Ein Wilhelm Tell tat es nicht, es kam zum Apfelschuss und zum anschliessenden Ausschalten von Gessler („hohle Gasse“). Der Gesslerhut ist ein Symbol für eine Institution, deren Zweck die öffentliche Erzwingung untätigen Verhaltens ist. Er steht für fremde Herrschaft und ausländischen Einfluss.

Tell ist der legendäre Held der schweizerischen Befreiungstradition. Ob es Tell „à la Schiller“ gab oder nicht, spielt keine Rolle. Tatsache ist, dass der vom Freiheitsdrang genährte Widerstand der Eidgenossen die fremden Vögte vertrieb und aus jenem Widerstand die freie, eigenständige und souveräne Schweiz entstanden ist.

Unser Vorstandsmitglied Adrian Amstutz, der für die Kampagne «Nein zum EU-Unterwerfungsvertrag» verantwortlich ist, hat den Kerninhalt des vom Bundesrat geplanten «EU-Vertrages» auf den Punkt gebracht: Es geht um «Gessler 2.0»! Damit wird alles gesagt:

«Brüssel diktiert, Bundesbern kapituliert und das Schweizervolk soll schweigen und zahlen.»

Es ist unsere Aufgabe, den Kerninhalt der geplanten EU-Unterwerfung überall zur Sprache zu bringen und gleichzeitig den «Unwissenden» einzuprägen: «Gessler 2.0 droht!».

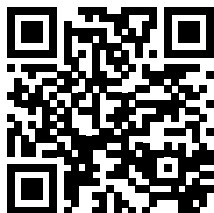
29. Oktober 2024: Auf nach Bern!

Am Dienstag, 29. Oktober 2024, 19.00 Uhr (Türöffnung 18.00 Uhr) führen wir im Casino Bern eine Veranstaltung zum Thema «Erfolgsrezept Schweiz: Stark ohne EU-Unterwerfung». Der Ökonom, Wirtschaftsjournalist und ehemalige Gewerkschaftssekretär Beat Kappeler wird in das Thema einführen. Zusammen mit hochkarätigen Persönlichkeiten werde ich unter der Leitung von Reto Brennwald aus Sicht der Unternehmen die Chancen einer EU-freien Schweiz diskutieren. Im Anschluss wird alt Nationalrat und alt Ständerat Adrian Amstutz die Eckwerte unserer EU-Kampagne vorstellen. **Sorgen Sie unbedingt für einen Grossaufmarsch und kommen Sie in Begleitung nach Bern.**

Ich danke Ihnen für den unermüdlichen Einsatz für Pro Schweiz und wie es unser Namen ja sagt: Für unsere freie, souveräne und neutrale Schweiz.

Ihr Dr.med. Stephan Rietiker
Präsident Pro Schweiz

**Jetzt Pro Schweiz
Mitglied werden!**



ISSN 2234-9723

Redaktionsschluss dieser
Ausgabe: 30. August 2024

Redaktion Pro Schweiz
Postfach
3822 Lauterbrunnen
Tel. 031 356 27 27
redaktion@proschweiz.ch

LEGATE

In einem Testament bestimmen Sie über Ihren Tod hinaus, was mit Ihrem Sparguthaben, Ihren Wertschriften und Liegenschaften geschehen soll. Wenn Sie Pro Schweiz berücksichtigen, unterstützen Sie unsere Arbeit zum Erhalt der freien und neutralen Schweiz.

Herzlichen Dank.



Dr. Christoph Blocher

alt Bundesrat und
Gründungspräsident Pro Schweiz

Wer setzt das Recht?



Bundesbriefmuseum
in Schwyz

Am diesjährigen 1. August sprach ich in Saas Almagell zum Nationalfeiertag. Ich habe das gerne getan, zumal das Saasertal bei den jüngsten Unwettern hart getroffen wurde. Aber mitten in den Rettungsmassnahmen wäre ich nicht gegangen. Aus meiner militärischen und politischen Erfahrung weiss ich: Politiker, die mit einem Medientross anrauschen, um sich fotografieren zu lassen, und so tun, als könnten sie helfen, stehen vor allem im Weg. Die Rettungskräfte müssen sich dann um diese Politiker und das Fotosujet kümmern, statt um die Trümerbewältigung. Zwar waren 1291 weder die Walliser noch wir Zürcher dabei, aber genau wie Uri, Schwyz und Unterwalden haben die Walliser auf ihre Eigenständigkeit und Freiheit gepocht. In Saas Almagell habe ich dar-

an erinnert, dass der Bundesbrief von 1291 die wichtigste Frage unseres Zusammenlebens überhaupt beantwortet: Wer setzt im Staat das Recht? Für uns Schweizer ist diese Frage eigentlich seit 1291 beantwortet: Es ist das Volk der Eidgenossen, es ist der Souverän. Die Bürgerinnen und Bürger sind hierzulande der Chef! Doch das passt den meisten Politikern und der Verwaltung nicht. Sie wollen keine unabhängige, direktdemokratische, neutrale Schweiz. Nein, der ständige Druck von Referenden und Initiativen im Nacken ist für sie mühsam und ärgerlich. Sie fürchten den Entscheid des Volkes! Darum wollen sie in die EU, die NATO, in internationale Organisationen, wo andere statt das Schweizer Volk befehlen. Sie wollen Brüssel zum Gesetzgeber machen und fremde EU-Richter endgültig entscheiden lassen. Dank dem Grundsatz der Volkssouveränität ist die Schweiz vom Armenhaus Europas zu einem der wohlhabendsten Länder der Welt aufgestiegen. Dank der Neutralität gab es seit über 200 Jahren keinen Krieg mehr. Hoffen wir, dass die Schweiz dem Geist von 1291 treu bleibt!



«Die Bürgerinnen und Bürger
sind hierzulande der Chef!»



New Kia Picanto

Cool. Modern. Erfrischend.



Movement that inspires



Mehr erfahren.



emilfrey.ch



Marco Chiesa
Ständerat und Stadtrat
von Lugano

«Ich bin überzeugt, dass die Schweiz, Schweiz bleiben sollte.»

Können Sie uns als Präsident der Aussenpolitischen Kommission des Ständerates (APK-Ständerat) sagen, wie die Verhandlungen mit der Europäischen Union (EU) verlaufen?

Im Juni 2024 zog der Bundesrat eine Bilanz der Verhandlungen mit der Europäischen Union und der Umsetzung des zur Diskussion stehenden Abkommenspakets. Der Bundesrat stellte fest, dass bei den laufenden Verhandlungen mit der EU in mehreren Bereichen konkrete Fortschritte erzielt wurden.

Wo gibt es Probleme?

Insbesondere in den Bereichen Einwanderung und Lohnschutz gehen die Positionen der Delegationen noch auseinander. Dies darf nicht verwundern. Es kann nicht sein, dass der Bundesrat dem Volk Vorschläge unterbreitet, die unsere direkte Demokratie massiv einschränken. Wir sollen erstens EU-Recht automatisch übernehmen und zwar «1:1», zweitens werden fremde EU-Richter das überwachen und drittens, wenn wir nicht spüren, verhängen fremde Richter Strafmassnahmen. Das verletzt unsere Souveränität. Diese Eckpunkte sind übrigens die gleichen Punkte, an denen bereits in der Vergangenheit Verhandlungen und die Unterzeichnung eines Abkommens abgebrochen wurden. Heute setzt sich die Erkenntnis durch, dass die unkontrollierte Masseneinwanderung unsere Lebensqualität einschränkt und den individuellen Wohlstand mit dem Rückgang des Bruttoinlandsprodukts pro Kopf beeinträchtigt. Ich glaube, dass jegliche Zugeständnisse in diesem Bereich nicht im Interesse unseres Landes sind, sondern geradezu alarmierend für die zukünftigen Generationen gewertet werden dürfen.

Ist ein Abschluss der Verhandlungen bis Ende des Jahres realistisch?

Ich bin sicher, dass wir bald, wahrscheinlich noch in diesem Jahr, mit einem Abkommen konfrontiert werden, das neuen Wein in alten Schläuchen beinhaltet.



Die direkte Demokratie, die Selbstbestimmung unseres Landes und sein Föderalismus vertragen sich nicht mit institutionellen Vereinbarungen, die unsere Unterwerfung vorsehen.

Was passiert, wenn die Verhandlungen scheitern?

Unser Land verfügt seit langem über eine solide und dauerhafte Grundlage von Abkommen mit der EU. Es genügt zu sagen, dass das Freihandelsabkommen bis in die 1970er Jahre zurückreicht. Auch einige sehr viel jüngere bilaterale Abkommen sind für die EU besonders vorteilhaft. Weitere Wirtschaftsabkommen und Aktualisierungen sind sicherlich willkommen, wenn sie abgeschlossen werden können, ohne die Schweiz zu einer EU-Kolonie zu machen. Im Gegenteil: Der Status quo ist vorzuziehen. Ich bin überzeugt, dass die Schweiz, Schweiz bleiben sollte.



**Aktuelle Verhandlungen
zwischen der Schweiz
und der EU**



Das Bundesamt für Justiz als Gefälligkeitsgutachter?

Am 22. Juni 2024 hat Fabian Schäfer in der NZZ folgende Fragen gestellt: «Braucht es das Ständemehr für die EU-Verträge? Der Bundesrat streitet – und gerät in eine unmögliche Lage. Mehrere Bundesräte sind mit dem Rechtsgutachten des Bundesamts für Justiz (BJ) unzufrieden. Was nun? Degradieren sie das Amt zu einem Büro für Gefälligkeitsgutachten?»

Die letzte Frage impliziert, dass das BJ praktisch unfehlbar ist. Das ist schon deshalb abwegig, weil Juristerei keine exakte Disziplin ist, sondern eine Wertungswissenschaft.

- Nach der Auffassung des BJ soll das Vertragspaket mit der EU dem fakultativen Referendum unterstehen.
- Die Zustimmung der Mehrheit der Stände sei nicht nur entbehrlich, sondern werde von der Verfassung ausgeschlossen.



Prof. Dr. iur. Dr. rer. Pol. h.c.

Carl Baudenbacher war von 1995 – 2018 Richter am EFTA-Gerichtshof. Von 1987–2013 war er Ordinarius an der Universität St. Gallen (HSG). Seit 2018 ist er unabhängiger Schiedsrichter und Berater.

Weltweit ist er Referent zu Fragen der europäischen Integration und zum Verhältnis EU–Schweiz.

So weit sind die Anhänger des «Rahmenabkommens 2.0» (RA 2.0) bisher nicht gegangen. Sie haben geltend gemacht, der Text der Bundesverfassung sehe bei Staatsverträgen nur dann ein obligatorisches Referendum mit Ständemehr vor, wenn es um den Beitritt zu einer «supranationalen Gemeinschaft» wie der EU oder einer «Organisation für kollektive Sicherheit» wie der UNO gehe. Da das RA 2.0 diese Voraussetzungen nicht erfülle, sei das Volksmehr ausreichend.

Einer anderen Auffassung zufolge sind Bundesrat und Parlament frei, gestützt auf ungeschriebenes Verfassungsrecht das obligatorische Referendum für Staatsverträge anzuordnen, die von besonderer Tragweite sind und Fragen von Verfassungsrang regeln.

Dagegen wird wiederum vorgebracht, das Parlament habe im Jahr 2021 versucht, diese Praxis, die 1972 zur Unterstellung des Freihandelsabkommens («FHA») und 1992 des EWR-Abkommens unter das obligatorische Referendum geführt hat, zu konkretisieren, sei dabei aber gescheitert. Damit sei das bisherige ungeschriebene Recht abgeschafft. Das ist offenbar auch die Position des BJ.

Inhalt des Vertrages ist entscheidend

Nach der hier vertretenen Auffassung überzeugt solches juristisches Kunstturnen rund um den Gang des parlamentarischen Verfahrens nicht. Entscheidend muss der Inhalt eines Staatsvertrages sein. Dabei ist vorliegend an den Zweck des Ständemehrs beim Beitritt zu einer supranationalen Gemeinschaft – gemeint ist, wie gesagt, die EU – anzuknüpfen. Hier ist das obligatorische Referendum deshalb erforderlich, weil Demokratie und Souveränität in hohem Masse betroffen wären.

Allerdings wären bei einem EU-Beitritt die supranationalen Organe – Kommission und EU-Gerichtshof (EuGH)

– der Schweiz gegenüber neutral und das Land wäre in beiden personell vertreten.

- Unter einem RA 2.0 würden Demokratie und Souveränität demgegenüber in sehr viel höherem Mass eingeschränkt.
- Die Schweiz unterstände faktisch der Überwachung und dem Auslegungsmonopol der per definitionem nicht neutralen Institutionen der Gegenpartei, Kommission und EuGH, in denen sie nicht vertreten wäre.
- Hinzu kommt, dass das Bundesgericht vollkommen ausgeschaltet bzw. dem EuGH unterstellt würde. Kein Höchstgericht eines EU oder EWR/EFTA-Staates wird dermassen schlecht behandelt.

Das FHA hat überhaupt keine Institutionen geschaffen. Das EWR-Abkommen hätte eine supranationale Überwachungsbehörde und einen supranationalen Gerichtshof kreiert, die aber der Schweiz gegenüber neutral gewesen wären. In beiden Organen hätte die Schweiz je ein Mitglied stellen können.

Die These, der bei weitem einseitigste Vertrag der Schweizer Vertragsgeschichte mit den Institutionen der Gegenseite bedürfe des Ständemehrs nicht, ist daher vollkommen unhaltbar. Das Modell mit dem Pro-Forma-«Schiedsgericht» und dem EuGH stammt aus den Assoziationsabkommen der EU mit vier ehemaligen Sowjetrepubliken, die am Finanztropf der EU hängen. Das RA 2.0 müsste das Ständemehr daher a fortiori (Anm. Red.: «erst recht») erreichen.

Bundesbernische Aktion in der NZZ

Das Gutachten des BJ braucht deshalb nicht umgeschrieben zu werden. Regierung und Parlament dürfen sich einfach nicht darauf stützen. Die Vorgänge der letzten Wochen haben gezeigt, dass das BJ nicht nur nicht unfehlbar ist, sondern im höchsten Masse fehlbar.

Wenige Tage vor dem Bekanntwerden des Inhalts des Papiers hat die NZZ ohne Bezahlschranke einen Artikel der emeritierten Professoren Georg Müller (Universität Zürich) und René Rhinow (Universität Basel), der genau gleich argumentierte und damit den Angriff des BJ vorspurte.

- Die beiden Altherren sprachen in tendenziöser Weise von der Unerwünschtheit von «Plebisziten».
- Offensichtlich handelte es sich um eine konzertierte Aktion mit bundesbernischer Beteiligung.
- Darauf darf der Bundesrat nicht hereinfallen.

Um beim eingangs zitierten Bild zu bleiben: Es geht nicht darum, dass der Bundesrat das BJ zu einem Büro für Gefälligkeitsgutachten «degradiert». Die Frage stellt sich vielmehr, ob sich das Amt mit seinem «modus operandi» (sc. mit seinem Vorgehen) selber zu einem solchen Kontor (sc. zu einem solchen Büro) heruntergestuft hat.

«Brüssel diktiert, Bundesbern kapituliert und das Schweizervolk soll schweigen und zahlen.»

Das ist der Kerninhalt des vom Bundesrat angestrebten neuen Vertrages mit der EU. All die jetzt in den Vordergrund gerückten Details wie das sogenannte Schiedsgericht oder die Spesenregelung dienen nur dazu, von den wirklich entscheidenden Vertragspunkten abzulenken.

Die Schweiz müsste in den bestehenden und künftigen Vertragsbereichen mit der EU akzeptieren:

- dass die EU der Schweiz ihre Gesetze und Regulierungen diktiert und kontrolliert. Damit wird unsere direkte Demokratie zerstört und das Schweizervolk entrechtet.
- dass bei Streitigkeiten der EU-Gerichtshof einseitig und abschliessend entscheidet. Damit können selbst



demokratische Schweizer Volksentscheide ausgehebelt werden.

- dass die EU der Schweiz bei Nichtbefolgung willkürlich Strafen auferlegt. Die bekannten Nadelstiche der EU gegen die Schweiz werden noch zunehmen.
- dass die Schweiz der EU dauernd und regelmässig Milliardenzahlungen abliefern. Diese Milliarden fehlen dann in der Schweiz zur Bezahlung unserer eigenen Aufgaben.

Das hiesse für die Schweiz:

GEHORCHEN, BEZAHLEN UND SCHWEIGEN.

PRO SCHWEIZ wird sich mit aller Kraft gegen eine solche Unterwerfung wehren.



Im Gespräch mit **Jean-Luc Addor**,
Nationalrat SVP, Sion VS

In Krisen zählt nur unser eigenes Handeln.

Herr Addor, Sie sind Mitglied der Sicherheitspolitischen Kommission des Nationalrates (SiK-N). Hat sich «die Stimmung» in der SiK-N seit dem Ukraine-Krieg verändert?

Zunächst ja, wie auch im restlichen Parlament. Doch nachdem der Schock überwunden war, verfielen die Schweizer Politiker wieder in den gewohnten Trott. Ohne sich der Risiken bewusst zu sein, die auf der Schweiz lasten, glaubt die überwiegende Mehrheit der Parlamentarier immer noch, die Sicherheit des Landes garantieren zu können, ohne echte Prioritäten in den verschiedenen Budgets zu setzen und ohne die Schuldenbremse anzutasten. Dabei ist Sicherheit unbezahlbar.

Was hat die Schweizer Armee für eine Stellung in der Kommission? Ist die mangelhafte Ausrüstung unserer Truppen ein Hauptthema?

Für mich: Ja. Für andere, unter anderem auch in den Reihen der SVP, scheint die Schuldenbremse wichtiger zu sein als die rasche Modernisierung unserer Armee. Und was die Sozialisten und Grünen betrifft, für die die Abschaffung der Armee das Ziel bleibt, darüber sprechen wir lieber nicht...

Pro Schweiz hat rund vor einem Jahr gefragt, ob die VBS-Chefin Bundesrätin Amherd den Verstand verloren habe – gewisse Kreise waren ob der Frage empört –, weil sie ohne demokratische Legitimation ein Abkommen zur Teilnahme am europäischen Luftschild «European Sky Shield» unterschrieben hat. Innerhalb eines

Jahres geht die NATO- und jetzt auch die EU-Annäherung (PESCO) «frischfröhlich» weiter. Was ist da los? Fehlt nicht der politische, demokratische Entscheid?

Frau Amherd hat ihren Verstand nicht verloren. Zusammen mit ihrem Umfeld hat sie ein Ziel: Die Schweiz immer näher an die NATO und die EU heranzuführen. Es ist nicht übertrieben, von einer Strategie des schleichenen Beitritts zu diesen Institutionen zu sprechen. Die SiK-N verlangte vor einem Beitritt zum „European Sky Shield“ die Zustimmung des Parlaments. Noch bevor der Nationalrat über diese Motion debattiert hatte, befahl der Bundesrat dem Rüstungschef, dem Abkommen beizutreten! Ob es nun noch um die Teilnahme an Übungen der NATO-Mechanismen zur gegenseitigen Unterstützung geht oder darum, den Raumfahrtsektor der RUAG (Beyond Gravity) loszuwerden – es ist alles dabei: Frau Amherd verhöhnt das Parlament! Die Frage ist, ob der Bundesrat das, was eine Art Staatsstreich darstellt, noch lange decken, also sich zum Komplizen machen wird. Es geht auch darum, wie lange die Parlamentarier es noch hinnehmen wollen, sich auf diese Weise ständig aus dem Spiel nehmen zu lassen. Im Moment wagt es niemand, den Rücktritt von Frau Amherd zu fordern...

Ist die Neutralität grundsätzlich überhaupt noch ein Thema in der SiK-N?

In der SVP natürlich ja. Paradoxerweise (aber aus anderen Gründen) auch bei den sehr armeefeindlichen Grünen. Ansonsten reden alle von der Neutralität, aber (fast) niemand glaubt mehr daran oder sieht, wie sehr es im Interesse der Schweiz und unserer Sicherheit ist,

zu ihr zurückzukehren. Und wenn die meisten meiner Kollegen von Neutralität sprechen, meinen sie etwas anderes, als es vernünftigerweise bedeuten kann.

Es fällt auf, dass Frau Amherd sich innert kürzester Zeit besonders von kompetenten Leuten aus der Suisse romande trennt (Divisonäre Mathias Tüscher, Guy Vallat und Claude Meier, Staatssekretär Jean-Daniel Ruch, Direktor des Nachrichtendienstes Jean-Philipp Gaudin). Am «Stammtisch» macht der Begriff «Säuberung à la Stalin» die Runde. Warum diese personelle Unruhe?

Ich kenne die Einzelheiten nicht. Ein Eindruck drängt sich jedoch auf: Im VBS von Viola Amherd sind abweichende Stimmen nicht willkommen. Vor allem, wenn sie sich weigern, die Schweiz an die EU oder die NATO zu verkaufen. Was die persönlichen Sicherheitsüberprüfungen der Generalstabsoffiziere angeht, so überwiegt das Gefühl, dass diese nicht mehr Sicherheit ins Land bringen, scheinen aber instrumentalisiert zu werden, um Säuberungen vorzunehmen, die unsere Armee quasi enthaupten und das Vertrauen, das die Schweizer in sie haben sollten, unterminieren. Es stellt sich also die Frage, ob diese Sicherheitsprüfungen und die damit verbundenen Säuberungen nicht zu einem Faktor der Unsicherheit geworden sind.

Die Kommission lehnt den Bundesbeschluss über den milliardenschweren Zahlungsrahmen der Armee 2025–2028 ab. Ist die Kommission gegen die Aufrüstung der Armee?

Nein, nicht die Mehrheit. Das Problem (ein echter gordischer Knoten) besteht darin, dass es derzeit keine Mehrheit gibt, um die Sicherheit der Schweizer zu gewährleisten, weder für die Kürzung bestimmter Budgets, die Ausländern zugute kommen (Asyl, Entwicklungshilfe, Kohäsionsmilliarde mit der EU usw.), noch für die Einhaltung des Prinzips der Schuldenbremse, die unsere Verfassung jedoch unter aussergewöhnlichen Umständen zulässt. Das Risiko besteht darin, dass diese Blockade nicht nur die Modernisierung unserer Armee verhindert, sondern ganz einfach die Aufrechterhaltung ihrer derzeitigen Einsatzfähigkeit.

Bundesrätin Amherd und auch Armeechef Süssli verpassen keine Gelegenheit, mantraartig aufzuzeigen, die Verteidigungsfähigkeit der Schweiz könne nur noch mit internationaler Kooperation garantiert werden. Wie sehen Sie das?

Beide haben die Orientierung verloren. Bieten wir ihnen einen Kompass an, den Kompass der Neutralität, der die Interessen der Schweiz und der Schweizer in den Vordergrund stellt! Unser Interesse besteht darin, stets nach grösstmöglicher Autonomie zu streben. Denn in

einer Krise werden wir uns nie auf andere verlassen können, sondern immer und nur auf uns selbst.

Der Nationalrat hat in der Juni-Session beschlossen, die Armee soll an keinen NATO-Übungen teilnehmen, in denen der durch die Bündnispflicht ausgelöste kollektive Verteidigungsfall simuliert wird. Trotzdem kommuniziert das VBS intern und extern, dass solche NATO-Übungen für die Schweiz von «wesentlichem Interesse» seien. Was gilt jetzt? Verhandelt die VBS-Spitze hinter dem Rücken des Parlaments mit der NATO? Für mich ist das nicht der Fall. Ansonsten ist es nicht übertrieben, von einem Staatsstreich zu sprechen.

Was geschieht in nächster Zeit mit der persönlichen Armeewaffe? Droht eine verschärfte EU-Waffenrichtlinie oder eine VBS-interne Entwaffnungskampagne?

Es ist ein Risiko, das den Finger auf das Verhältnis zwischen dem Waffenrecht und unserer Milizarmee legt. Mit der Organisation PROTELL, deren Präsident ich bin, arbeiten wir daran, weitere Verschärfungen, die leider im Schengen-Abkommen festgeschrieben sind, zu verhindern. Wir wissen, dass wir auf diese Organisationen wie PROTELL zählen können, wenn es darum geht, unsere Rechte und Freiheiten wieder zu verteidigen.

Wie stehen Sie zur Auflösung der Patrouille Suisse?

Gemeinsam mit der SVP-Fraktion lehne ich dies ab.

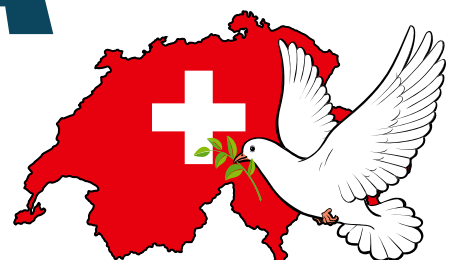
Was geben Sie den jungen Schweizerinnen und Schweizern mit, die pflichtbewusst in den Militärdienst einrücken?

Schweizer Bürgerinnen und Bürger! Sie sind die Hüter der Rechte und Freiheiten, die uns unsere Vorfahren vererbt haben. Die Fackel ist heute in Ihren Händen. Bewahren Sie die Flamme! Für die Schweiz, die wir lieben.

Sehr geehrter Herr Nationalrat Addor, wir danken Ihnen für das Gespräch

DIE NEUTRALITÄTSINITIATIVE

JA ZUR SCHWEIZER NEUTRALITÄT



JETZT
MITMACHEN
PRO  LIBERTATE
www.prolibertate.ch
PIKOM
 Parteiunabhängiges Informationskomitee
www.pikom.ch

Die Welt wird unsicherer. Die Kriege in Osteuropa und in Nahost sind prominent in den Medien, aber nicht die einzigen Konflikte. Ein Blick in die jüngere Schweizer Geschichte zeigt deutlich: Auch unser Land muss sich immer wieder aufs Neue auf den Ernstfall vorbereiten. Darum braucht es Investitionen in Mensch und Material – und zwar heute! Unsere Milizarmee schützt alle, unterstützen wir darum unsere Armee!

Janosch Weyermann, Berner Stadtrat und Vorstandsmitglied Vereinigung PRO LIBERTATE, Kandidat für Gemeinderat und Stadtpräsidium



VERANTSTALTUNGSHINWEIS



Die sicherheitspolitischen Fachreferate von **Peter Regli**, Divisionär aD und ehemaliger Chef des Schweizer Nachrichtendienstes, zum Thema:
«Die Ukraine, Israel und die Migration – wie weiter?»

Mittwoch, 16. Oktober 2024 – 18.45 Uhr Apéro, 19.30 Uhr Referat
Auditorium der Kaserne Bern, Papiermühlestr. 13+15, 3000 Bern 22
 (im Navigationssystem eingeben: Kasernenstrasse 27)

☐ Bitte senden Sie mir Infos zu über die Schweizerische Vereinigung **PRO LIBERTATE** (www.prolibertate.ch) zu.

☐ Bitte senden Sie mir Infos zu über das Parteiunabhängige Informationskomitee **PIKOM** (www.pikom.ch) zu.

Ich bestelle! Bitte senden Sie mir*...

_____ Expl. des Buches «Nacht und Licht» (Preis: Fr. 25.–)

_____ Expl. des Buches «Marignano 1515-2015» (Preis: 29.–)

_____ Expl. des Buches «Operationsziel Schweiz» (Preis: Fr. 29.–)

Dokumentarfilm «Das Réduit – Geschichte von 1939 bis 1945»
 (Preis: Fr. 24.–) _____ Expl. als DVD _____ Expl. als USB-Stick

*Alle Preise zzgl. Porto und Verpackung

[PL240308SZ]

Vorname, Name _____

Adresse _____

PLZ, Ort _____

Tel./E-Mail _____

Datum, Unterschrift _____

Talon ausschneiden und einsenden an:

Thomas Fuchs, PRO LIBERTATE, Niederbottigenweg 101, 3018 Bern
 (oder via E-Mail: info@prolibertate.ch oder via Telefon/SMS 079 302 10 09)

Teil 3

Neutralitätspolitische Irrwege

Wir werden jede neutralitätspolitische Verfehlung in Bundesbern beobachten und auflisten.

Militärische Zusammenarbeit mit der NATO und EU:

Bundesratsmehrheit will Neutralität zertrümmern!

Lauterbrunnen, 22. August 2024 – Die politische Führung des Verteidigungsdepartements (VBS) treibt die militärische Kooperation mit der NATO und der EU mit hohem Tempo voran. Die Bundesratsmehrheit hat diese Woche auf Antrag der VBS-Chefin Bundesrätin Viola Amherd beschlossen, an zwei Programmen des EU-Verteidigungsprojekts PESCO (Permanent Structured Cooperation) teilzunehmen. Bundesrätin Amherd ist mit der Bundesratsmehrheit sicherheits- und neutralitätspolitisch entgleist.

Ohne parlamentarische Konsultation und ohne jegliche demokratische Legitimation durch das Schweizer Volk wird auf neutralitätswidrige Weise die schweizerische Landesverteidigung in die Strukturen der NATO und EU geführt. Völlig unglaublich ist die Behauptung von Frau Amherd, mit internationaler Kooperation werde die Verteidigungsfähigkeit der Schweiz sichergestellt. Stattdessen muss es in erster Linie darum gehen, den Schweizer Wehrwillen wieder ins Lot zu bringen. Dadurch wird die Bereitschaft des Schweizer Volkes erhöht, finanzielle und persönliche Opfer zu erbringen, um die Schweizer Armee wieder auf einen glaubwürdigen Stand zu bringen. Will heissen: Bevor die Schweiz über irgendwelche Allianzen diskutiert, muss sie zuerst ihre eigenen Hausaufgaben machen. Delegation der Verteidigung an andere ist ein gefährlicher Irrweg!

Trotz der weiteren, völlig unhaltbaren Behauptung, die militärische Kooperation mit Militärbündnissen sei mit der Neutralität vereinbar, macht sich die Schweiz ausenpolitisch unglaublich und zerstört ihre Rolle als Friedensvermittlerin und als Vorreiterin der humanitären Hilfe. Die Schweiz verliert an Sicherheit und läuft Gefahr, als Kriegspartei wahrgenommen zu werden. Pro Schweiz wundert sich, dass ausgerechnet die Linke, welche die Schweizer Armee bis vor Kurzem durch „finanzielles Aushungern“ abschaffen wollte, das ge-

meinsame Kriegstreiben mit dem Ausland unterstützt. Pro Schweiz erwartet von den Parlamentariern und höheren Armeekadern, dass sie vernehmbar für die Erhöhung der Armeebestände und deren vollständige Ausrüstung eintreten. Die Zeit des Duckmäusertums der für die Sicherheit der Schweiz Verantwortlichen ist endgültig vorbei.

Zudem ist Pro Schweiz klar, dass nur mit einem Ja zur Neutralitätsinitiative das undemokratische und gefährliche armeepolitische Treiben in Bundesbern gestoppt werden kann.



«Schengen der Streitkräfte»

Ein von der Bundesratsmehrheit bewilligtes PESCO-EU-Programm heisst «Military Mobility», das auch «Schengen der Streitkräfte» genannt wird. Es soll Grenzübertreitte für militärisches Personal und Ausrüstung vereinfachen. Natürlich beschwichtigt Bundesbern, es gehe um Transportmöglichkeiten für Ausbildungszwecke, für die Friedensförderung und Katastrophenhilfe. Wer's glaubt. Es liegt doch auf der Hand, um was es geht: NATO-Panzer werden rollen ... Und das ist sicher nicht mit dem Neutralitätsrecht (Völkerrecht) vereinbar. Bei Katastrophen müssen die Praktiker entscheiden und nicht Bundesräte, dann klappt's auch über die Grenze, dafür brauchen wir keinen «Military-Mobility-Zauber».



www.andreaboesiger.ch



Andrea Bösiger ist eine Zuger Künstlerin.

Ihre Arbeiten sind als Originale und Prints erhältlich.



**Ausstellung in der Zuger Altstadt-Halle:
31. Oktober - 3. November 2024**

Beobachter



Grenzenloses Bevölkerungswachstum im Jahr 2023

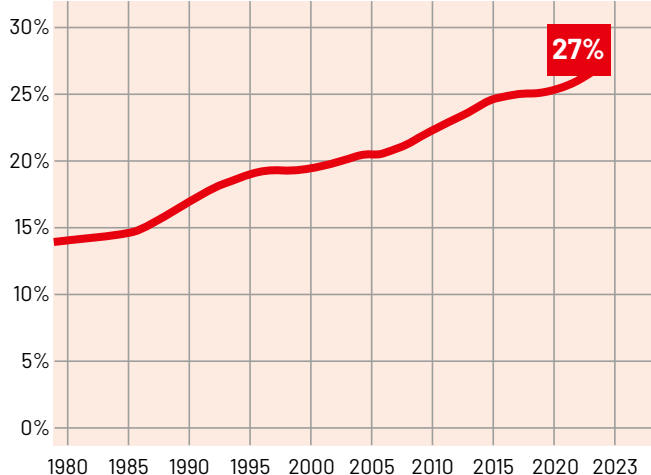
Am 31. Dezember 2023 umfasste die ständige Wohnbevölkerung der Schweiz 8 962 300 Personen, 1,7% mehr als 2022. Das Wachstum fiel somit so markant aus wie noch nie seit Beginn der 1960er-Jahre. Bei den Einwanderungen wurde gegenüber 2022 ein deutliches Plus verzeichnet, was hauptsächlich mit den Personen aus der Ukraine mit Schutzstatus S zusammenhängt.

Ende 2023 lebten mehr als 8,9 Millionen Menschen in der Schweiz. Die ständige Wohnbevölkerung nahm somit um 146 900 Personen zu (+1,7%) - nahezu doppelt so stark wie 2022 (+0,9%). Ein Teil dieses Anstiegs ist darauf zurückzuführen, dass die Personen aus der Ukraine mit Schutzstatus S, die seit mehr als einem Jahr in der Schweiz leben, nun zur ständigen Wohnbevölkerung zählen.

Von den insgesamt 8 962 300 Einwohnerinnen und Einwohnern waren 6 545 000 schweizerische (73%) und 2 417 300 ausländische Staatsangehörige (27%).

[Medienmitteilung BFS, 22.08.2024]

Anteile der ständigen ausländischen Wohnbevölkerung



Quelle: BFS

Wohlstand in der Schweiz sinkt durch Zuwanderung:



Das Land verzeichnete letztes Jahr ein sinkendes Bruttoinlandprodukt pro Kopf – was bisher nur in schweren Krisen vorkam. Dies befeuert die Migrationsdebatte.

Kommentar: Das Bruttoinlandprodukt pro Kopf ist im Jahr 2023 um 1.3% gestiegen, die Bevölkerung jedoch um 1.7%. Dies bedeutet, dass der Wohlstand in der Schweiz sinkt. Wenn der Kuchen (Bruttoinlandprodukt) nur wenig wächst und die Anzahl der „Kuchenesser“ sich stärker vergrößert, so werden die Kuchenstücke für alle kleiner. Das bemerken wir doch alle Ende Monat in unseren Geldbeuteln. Wollen wir weiter zuschauen, wie sich unser Wohlstand durch eine masslose Zuwanderung verringert?



Das Bruttoinlandprodukt BIP pro Kopf misst die mittlere Wirtschaftsleistung eines Landes pro Einwohner und ist ein international gebräuchliches Mass, das den materiellen Lebensstandard zeigt. [Seco, 2024]

Ihr Inserat im Pro Schweiz «Aktuell»

+PRO Schweiz
Suisse
Svizzera
Svizra
Aktuell

Nehmen Sie mit mir Kontakt auf.
Jederzeit und unkompliziert.

Markus Rezzonico

Inserate-Akquise
SVP-Delegierter
Pro Schweiz-Mitglied
Pro Libertate-Mitglied
PIKOM-Mitglied

079 332 61 61

markus.rezzonico@dietschi.ch





Werner Gartenmann
Geschäftsführer Pro Schweiz

1939 – Vor 85 Jahren: Schicksalsjahr für die Schweiz

30. August 1939: Wahl des Generals – 1. September 1939: 1. Generalmobilmachung

Unsere Behörden und ihre Kader tun so, als befände sich unser Land in einer nie dagewesenen ausserordentlichen Lage. Sie tun so, als ob der Ukraine-Krieg die Menschheitsgeschichte völlig verändert. Unsere Verfahren mussten viele Herausforderungen meistern. Bedrohungen gegen unser Land sind nicht neu. Auch die Resignation, Mutlosigkeit, Streben zum «Grossen und Modernen» hin, sind ebenfalls keine neuen Verhaltensmuster. Die Schweiz könne sich nicht mehr eigenständig verteidigen. Das Anbieten zu fremden Militärmächten hin schaffe Sicherheit, das Hineinschleichen in die Paläste der EU-Kommission und des EU-Gerichtshofes schaffe der Schweiz neuen Souveränitätsglanz. Die Geschichte beweist, dass alle Entscheide, die weg von der freien, eigenständigen und neutralen Schweiz früher oder später korrigiert werden mussten. Hätten 1939 unsere Behörden gehandelt wie die aktuelle «Glanz- und Gloria-Politik» in Bern, dann ... Am 1. September 1939 greift um 4.45 Uhr die deutsche Wehrmacht auf der Westerplatte bei Danzig die polnische Armee an. Nazi-Deutschland beginnt mit brutaler Kriegsrhetorik und auf Geheiss Hitlers einen verbrecherischen Krieg ungeahnten Ausmasses: den Zweiten Weltkrieg. Blicken

wir ins Jahr 1939 und zwar in die Protokolle der Bundesversammlung:

Vereinigte Bundesversammlung, Augustsession 1939 – Tagesordnung: Wahl des Generals.

Mit 204 von 227 gültigen Stimmen wird Henri Guisan zum General gewählt. Der General wird nach folgender Formel vereidigt: «Ich schwöre, der schweizerischen Eidgenossenschaft Treue zu bewahren, die Ehre, die Unabhängigkeit und die Neutralität des Vaterlandes mit den ihm anvertrauten Truppen nach besten Kräften, mit Leib und Leben zu beschützen und zu verteidigen und mich genau an die Weisung des Bundesrates über den durch das Truppenaufgebot zu erreichenden Endzweck zu halten.»

Ständerat: Sitzung vom 18. September 1939

Ständeratspräsident Ernst Löpfel-Benz, FDP Kanton St. Gallen, eröffnet die eidgenössische Session mit folgenden Worten (Auszug aus dem Protokoll):

«Unsere ausserordentliche Session am 30. August stand unter dem ersten Zeichen der Mobilisation unseres Grenzschatzes. Unsere heute beginnende einwöchi-



Muuuhdisch + schweizerisch

T-Shirts für Schweiz-Liebhaber!

Zeige deine Liebe zur Schweiz!

Neutralität trifft Stil! Zeige jetzt deine Unterstützung für eine neutrale Schweiz mit einem einzigartigen Statement-T-Shirt! – **Patrioten aufgepasst: Mit dem Code «Tell10» erhältst du 10% Rabatt auf deinen Einkauf im Online-Shop www.neutrale-schweiz.ch. Besuche uns und finde dein neues Lieblings-Shirt!**

10% RABATT

**Viele tolle Designs
In der Schweiz gedruckt
Hochwertige Qualität**



Anzeige

Mobilmachung

1937 wurden Mobilmachungsplätze geschaffen, die neben Angehörigen der Landwehr und des Landsturms Zeughäuser, Motorfahrzeugparks und Eisenbahndienste umfassten. Am 28. August 1939 ordnete der Bundesrat mittels Plakaten die Mobilmachung des Grenzschatzes (80'000 Mann), am 1. September 1939 die allgemeine Mobilmachung für den jeweils nächsten Tag an. Die Materialfassungsdetachemente rückten sofort ein, ihnen folgten am Tag darauf 430'000 Mann Kampftruppen und 200'000 Hilfsdienstpflichtige. Eine zweite allgemeine Mobilmachung fand am 10. Mai 1940 statt. [Hervé de Weck: «Mobilmachung», in: Historisches Lexikon der Schweiz (HLS), Version vom 19.01.2010]



ge Herbstsession steht unter dem Sturmzeichen des Kriegs und der Mobilisation unserer schweizerischen Armee. Die im richtigen Moment getroffene Wahl von Herrn Guisan zum General ist im Volke und in der Armee freudig aufgenommen worden. Helles Vertrauen strömte ihm entgegen und die Berner haben am Tage seiner Wahl ganz besonders herzlich zugejubelt. ... Vom Genfer- bis zum Bodensee, von Basel bis ins Bergell herrscht ein geschlossener Wille, die Unverletzlichkeit unserer Heimat zu schützen und ihre volle Neutralität nach allen Seiten hin zu wahren. ... Die politische und militärische Neutralität der Schweiz ist nun von allen kriegführenden Staaten neuerdings in aller Form anerkannt worden. Neuen Deutungen ist die Neutralität durch den Wirtschaftskrieg ausgesetzt worden. Der Bundesrat wird diese schwierige Aufgabe sicherlich in einer Weise lösen, die weder unsere Würde verletzt, noch die Sicherstellung des eigenen Volkes mit Lebensmitteln gefährdet. ... Welchen Geschicken das Vaterland auch entgegen geht – wir wollen ihnen unerschrocken die Stirn bieten. Nach Aussen steht die durch die Erfahrungen von 1914–1918 gereifte Armee treue Wacht, nach Innen wollen wir nach dem Beispiel treuer Kamerad-

schaft der Soldaten Frieden halten und Verständigung suchen und uns an den heute noch gültigen Ratschlag des grossen Eidgenossen Niklaus von der Flüe halten, der laut Überlieferung einst an die Berner schrieb: 'O liebe Freunde, macht den Zaun nicht zu weit, damit ihr desto besser verharret im Frieden, Ruhe und Einigkeit, und dass ihr bei eurer sauer erernten löblichen Freiheit bleiben möget. Beladet euch nicht mit fremden

Sachen. Verbindet euch nicht mit fremder Herrschaft. Hütet euch vor Zwietracht und Eigennutz. Beschirmt euer Vaterland und bleibt dabei. Lasst euch nicht gelüsten, und nehmt euch nicht vor, zu kriegern. Im Falle aber, dass euch jemand überfallen wollte, da streitet tapfer für eure Freiheit und Vaterland.'»



Der Gifzwerg meint: «Blindgänger»

2023 hat die Armee 280 Blindgänger beseitigt – Mitteilung vom 06.08.2024.

Die Spezialisten des Kommandos für Kampfmittelbeseitigung und Minenräumung haben unter der Leitung der Blindgänger-meldezentrale der Schweizer Armee im vergangenen Jahr aufgrund von 1122 Meldungen 280 Blindgänger unschädlich gemacht. Eine gute Sache. Jetzt sollte man die Rohrkrepierer und Blindgänger in der politischen Armeeführung beseitigen. Das wäre für die Sicherheit des Landes und seiner Bevölkerung von höchster Dringlichkeit. Denn die Verantwortlichen im Verteidigungsdepartement führen uns mit ihrer NATO-EU-Anmache direkt in ausländische Kommandostrukturen und Gefechtsübungen, zerstören die Glaubwürdigkeit der Neutralität vollends und machen uns zur Kriegspartei. Kommando für Beseitigung von NATO-EU-Marionetten?



Agenda

15. Oktober 2024

öffentliche Veranstaltung

Dienstag, 15. Oktober 2024 im Hotel Schweizerhof in Luzern statt.
Der Eintritt kostet 25 Franken.

Was wir von Henri Guisan lernen können

Alt Bundesrat Ueli Maurer und Nebelspalter-Chefredaktor und Guisan-Buchautor Markus Somm würdigen zum 150. Geburtstag des legendären Schweizer Generals dessen Leistungen. Sie werfen auch die Frage auf, was uns Guisan heute, in diesen kriegerischen Zeiten, bedeutet.

Melden Sie sich jetzt an: www.nebelspalter.ch/guisan oder per Post: Nebelspalter AG / Genferstrasse 21 / 8002 Zürich

Wichtiger Termin!

Dienstag, 29. Oktober 2024

19.00 Uhr (Türöffnung 18.00 Uhr)

Casino Bern, Casinoplatz 1, 3011 Bern, Grosser Saal

Öffentliche Veranstaltung zum Thema

«Erfolgsrezept Schweiz: Stark ohne EU-Unterwerfung».

Der Ökonom und Wirtschaftsjournalist Beat Kappeler wird in das Thema einführen. Hochkarätige Persönlichkeiten werden unter der Leitung von Reto Brennwald aus Sicht der Unternehmen die Chancen einer EU-freien Schweiz diskutieren.

Sorgen Sie für einen Grossaufmarsch und kommen Sie in Begleitung nach Bern.



Folgen Sie uns auf www.proschweiz.ch

Bitte teilen Sie uns auf info@proschweiz.ch Ihre E-Mail-Adresse mit. Damit können wir Sie auf dem Laufenden halten. Wir halten uns strikt an die Datenschutzvorgaben und geben die Adressen nicht an Dritte weiter.

Mitmachen!

liken, teilen, gefällt mir, abonnieren!



PRO

Schweiz
Suisse
Svizzera
Svizra

Postfach, 3822 Lauterbrunnen

Tel. 031 356 27 27, info@proschweiz.ch

www.proschweiz.ch